



iran-report

Nr. 09/2002

ایران رپورت

I. Innenpolitik:

Das Reformbündnis „Front Zweiter Khordad“ vertagt seinen Kongress - zunehmende Distanz zwischen radikaleren und konservativeren Gruppen der Front - gemeinsame Programmplattform immer unwahrscheinlicher - Differenzen über Chatamis Gesetzesvorlagen zur Machtbegrenzung des Wächterrats/ Chatamis Bilanz zum zweiten Jahr des Fünfjahresplans - Fortschritte im Demokratisierungsprozess festgestellt - Auch positive wirtschaftliche und soziale Bilanz / Auseinandersetzungen im Machtkampf konzentrieren sich auf Chatamis Gesetzesvorlagen - Kompetenzausweitung des Staatspräsidenten und Machtbeschränkung des Wächterrats vorgesehen / Reformier Hadjarian: bei Scheitern der Gesetzesvorlagen Rücktritt Chatamis / Streit um Meinungsumfragen - Konservative reagieren mit Gefängnisstrafen für Meinungsforscher / Zwei Parlamentsabgeordnete von der Justiz zum Verhör bestellt / Studenten protestieren gegen Todesurteil - Hochschulprofessor zum Tode, zu 8 Jahren Gefängnis, 10 Jahren Lehrverbot und 74 Peitschenschlägen verurteilt / 134 Persönlichkeiten aus Kultur und Politik protestieren gegen Eshkevari-Urteil / Parlamentsvorlage zur Reform des Gesetzes über „Renegatentum“ / Beratungen über Gesetz gegen Folter um einen Monat verschoben / Kampagne für Nasser Zarafshan / 27 unabhängige Frauenorganisationen Italiens fordern den EU-Ministerrat zu Maßnahmen gegen Menschenrechtsverletzungen in Iran auf / Rechtsanwältin Mehrangiz Kar erhielt französischen Ludovic-Trarieux-Preis / Ausweitung der Drogenproblematik befürchtet.

II. Wirtschaft

Kongress zur Entwicklung des iranischen non-petrol Exports - Richtungsstreit über wirtschaftliche Öffnung Irans / Iran gewährt Türkei Preisnachlass für Gasexport - Gas- und Ölabbkommen unter der Hand neu verhandelt / Abwanderung qualifizierter Kräfte ins Ausland - täglich 150 Personen / Arbeitslosigkeit: kaum neue Arbeitsplätze - projektierte Arbeitslosenquote von 25% in 10 Jahren / Soziale Lage - wachsende Einkommensunterschiede - 40% der iranischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze / Benzinverbrauch stark gestiegen - Importe im Wert von 1 Milliarde US-Dollar.

III. Außenpolitik

Chatamis Staatsbesuch in Spanien - Streit um Alkohol und Kopftücher - Spanien viertgrößter EU-Handelspartner Irans - Vertragsabschlüsse in Höhe von 5 Milliarden Euro / US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld: „Die islamische Republik Iran wird bald stürzen“ - Angriff auf Iran unwahrscheinlicher / Iran und die EU - Bericht zu Menschenrechtsverletzungen - Italien und Spanien blockieren EU-Ministerratsresolution gegen Iran - EU-Parlament fordert Kommission und Rat zur Aufnahme einer Menschenrechtsklausel in Handelsvertrag auf.

Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 10/2002 Anfang Dezember) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im November 2002

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
alvarez@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 202

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Michael Alvarez

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 - 0
Fax: 030-285 34 - 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik

Die „Front Zweiter Khordad“ vertagt ihren Kongress

Drei Tage vor dem mit Spannung erwarteten Kongress der „Front Zweiter Khordad“ kündigte Said Hossein Mussavi Tabrizi, Vorsitzender des Koordinationskomitees der Front, eine Verschiebung des Kongresses an. Der neue Termin stehe noch nicht fest.

Die „Front Zweiter Khordad“ ist das größte Sammelbecken von Parteien, Gruppen und Organisationen der Reformbewegung. Die Front hatte sich im Zuge der Wahl Präsident Chatamis gebildet, sie besitzt weder eine politische Plattform noch bilden die an der Front beteiligten Gruppen ideologisch-politisch eine Einheit. Die Gruppen verbindet eher eine gemeinsame Ablehnung der Konservativen. Der Front schlossen sich sogar Gruppen wie die „Versammlung der kämpfenden Geistlichkeit“ an, die ideologisch den Konservativen weit näher steht als den Reformern. Als die Reformbewegung Hochkonjunktur verzeichnete, stellten diese Gruppen ihre Anpassungsfähigkeit unter Beweis und positionierten sich an der Seite der Reformen. Mit den zunehmenden Schwierigkeiten der Reformbewegung wachsen nun offensichtlich die Zweifel, ob die Entscheidung richtig war. Aber auch Gruppen und Organisationen, die, wie die „Mosharekat Partei“, die Vorhut der Reformbewegung bilden, verfolgen keine einheitliche politische Strategie. Während einige auf Chatami-Linie noch die Hoffnung auf einen Konsens mit zumindest dem moderateren Teil der Rechten hegen, halten radikalere Gruppen Chatamis Versöhnungsstrategie für gescheitert und empfehlen sogar den Rückzug von der Macht. Somit scheint sich die Front eher aufzulösen als politisch zu verfestigen. Unter diesen Umständen brächte ein Kongress die inneren Widersprüche und Konflikte der Front vermutlich noch deutlicher ins Bewusstsein der Öffentlichkeit und schädete der Front mehr als es ihr nützte - der eigentliche Grund für die Vertagung, wie politische Beobachter vermuten.

Mussavi Tabrizi erklärte gegenüber der studentischen Nachrichtenagentur ISNA, ausnahmslos alle Mitglieder des Koor-

ordinationskomitees wollten zunächst die endgültige Entscheidung über zwei zentrale Gesetzesvorlagen der Regierung abwarten. Bei den Vorlagen handelt es sich zum Einen um ein Gesetz, das dem Staatspräsidenten die Kontrollkompetenz über alle Organe des Staates im Hinblick auf die Einhaltung der Verfassung zuweist bzw. im Falle einer Missachtung ihn dazu befugt, entsprechende juristische Konsequenzen zu ziehen. Die zweite Vorlage sieht eine erhebliche Einschränkung der Macht des Wächterrates vor. Demnach soll dem Rat untersagt werden, Bewerber bei den Parlaments- und Kommunalwahlen aus ideologischen oder politischen Gründen abzulehnen. (s. iran-report 08-2002)

Mussavi Tabrizi begründete die Vertagung des Kongresses weiterhin damit, dass einige Gruppen auf die zuvor gestellten Fragen des Koordinationskomitees nicht geantwortet hätten. Auch diese Erklärung verdeutlicht die Bedenken, zwischen den 18 beteiligten Gruppen keine programmatische Einheit herstellen zu können.

Chatamis Bilanz zum zweiten Jahr des Fünfjahresplans

Am 20. Oktober legte Präsident Chatami dem Parlament seinen Bericht über die Aktivitäten der Planorganisation für das Jahr 1380 (März 2001-März 2002) vor. Einleitend erklärte er, dass es seiner Regierung trotz internationaler und nationaler Hürden gelungen sei, den Demokratisierungsprozess zu vertiefen. Dieser Weg müsse unter allen Umständen fortgesetzt werden. Zwar habe die Demokratie auch Schattenseiten, aber die Alternative dazu wäre eine Diktatur, die kein Volk erdulden wolle. Die Despotie habe in Iran eine lange Tradition, das Volk habe den Staat immer als Gegner betrachtet. Ziel seiner Regierung sei, dieses gestörte Verhältnis grundlegend zu ändern. Die Macht müsse beim Volk liegen. Ohne diese Veränderung sei keine Entwicklung möglich. Der Weg zu einer Demokratie sei lang, doch in den vergangenen Jahren habe sein Land auf diesem Gebiet beachtliche Fortschritte erzielt. Auch wirtschaftlich und sozial falle die Bilanz des Berichtsjahres positiv aus. Chatami erwähnte unter anderem folgende Beispiele:

Der Anstieg der Bevölkerungszahl um 1,6% auf 64,573 Millionen habe eine neue Beschäftigungspolitik erforderlich gemacht. Der Regierung sei es gelungen, im Vorjahr 410.000 und im Berichtsjahr 460.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Zurzeit liege die Arbeitslosigkeit bei 14,3%.

19,7 Millionen, rund 30% der Bevölkerung, befinden sich nach Angaben Chatamis in der Ausbildung (Kindergarten, Schule und Beruf). Im Vergleich zum Vorjahr sei die Zahl der veröffentlichten Bücher um 30% auf 31.660 tausend Titel gestiegen.

Im Berichtsjahr besuchten 1,4 Millionen Touristen die Islamische Republik. Während der vergangenen vier Jahre sei das Bruttosozialprodukt durchschnittlich um 4% gestiegen. Im Berichtsjahr verzeichnete das Wirtschaftswachstum einen Anstieg von fast 6%. Im gleichen Jahr seien 395 Millionen Tonnen Waren und 418 Millionen Passagiere regional transportiert worden. Die Planorganisation habe auf dem Gebiet der Wasserversorgung 99,8% ihres Plans erfüllt. Die Landwirtschaft habe 46,5 Millionen Tonnen Güter produziert, was im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg von 4% bedeute. Auf ökologischem Gebiet seien wichtige Schritte unternommen worden, u.a. seien 1,2 Millionen Hektar Wald als Naturschutzgebiet deklariert worden. Die Sterblichkeitsrate bei Kindern bis fünf Jahren betrug 38 von Tausend. Notwendige Impfungen konnten nahezu hundertprozentig gewährleistet, die Zahl der Krankenhausbetten um 3.436 gesteigert werden. Rund 5 Millionen Menschen erhielten soziale Unterstützung.

Iran habe das Potential zu einer vielseitigen Entwicklung, erklärte Chatami. Das Volk habe das Recht, sein eigenes Schicksal selbst in die Hand zu nehmen - die Regierung die Pflicht, dem Volk zu seinem Recht zu verhelfen.

Auseinandersetzungen im Machtkampf konzentrieren sich auf Chatamis Gesetzesvorlagen

Die bereits erwähnten (iran-report 08-2002) zwei Gesetzesentwürfe der Regierung führten im inner-iranischen Machtkampf dazu, dass das Schicksal der Regierung Chatami mit der Entscheidung über diese Vorlagen ver-

knüpft wird. Die Gesetzesvorlagen zu einer Kompetenzausweitung des Staatspräsidenten und der Machtbegrenzung des Wächterrates müssen zunächst vom Parlament und danach vom Wächterrat verabschiedet werden. Da die Reformer im Parlament die Mehrheit haben, ist hier die Zustimmung gesichert. Kaum vorstellbar ist hingegen, dass der Wächterrat als eines der wichtigsten Instrumente der Konservativen die Gesetze -insbesondere das die eigenen Kompetenzen einschränkende- passieren lässt. Erzielen Parlament und Wächterrat keine Einigung, wird die Entscheidung an den für Konfliktfälle zuständigen „Konsensrat“ verwiesen. Auch dieser Rat, dem Ex-Staatspräsident Rafsandjani vorsitzt, ist mehrheitlich mit Konservativen besetzt.

Chatamis Gesetzesentwurf basiert auf Artikel 113 der Verfassung der Islamischen Republik, in dem es heißt, der Staatspräsident sei nach dem Revolutionsführer der ranghöchste Vertreter des Staates. Er habe neben der Führung der Exekutive die Aufgabe, die Einhaltung der Verfassung zu kontrollieren.

Da er sehr allgemein gehalten ist, läßt sich dieser Artikel unterschiedlich interpretieren. Die Konservativen vertreten die Auffassung, dass die Kontrollfunktion, die in der Verfassung für den Staatspräsidenten vorgesehen ist, nur die Exekutive betrifft. Die Reformer hingegen sind der Meinung, dass die Kontrolle sich auf sämtliche Organe und Institutionen bezieht, mit Ausnahme derjenigen, die dem Revolutionsführer direkt unterstehen. Der Konflikt ist natürlich nicht juristischer, sondern politischer Natur und verschärft sich daher von Tag zu Tag. Mitte November soll die Debatte über die Gesetzesentwürfe im Parlament geführt werden. Im Vorfeld sind beide Lager bemüht, gegen die andere Seite Stimmung zu machen. Die Konservativen unterstellen den Reformern die Absicht, mit der Erweiterung der Kompetenzen des Staatspräsidenten eine Diktatur errichten zu wollen. Gholamhossein Elham, Leiter des Forschungszentrums des Wächterrates, warnte vor der Verabschiedung der beiden Vorlagen. Die Gesetze würden „das Volk entmachten und die Verfassung außer Kraft setzen.“ Noch deutlicher äußerte sich Assadollah Badamchian, Vorstandsmitglied der ultrakonservativen Gruppe „Motalefeh-e Eslami“. Die beiden Vor-

lagen, sagte er, seien gegen die Wahlfreiheit und gegen die Substanz der Islamischen Republik gerichtet. Sie würden zu einer Diktatur der Reformer führen.

Die Antwort der Reformer auf Badamchian fiel nicht weniger scharf aus. Mostafa Tdjzadeh, ehemaliger Stellvertreter des Innenministers und einer der führenden Köpfe der Reformbewegung stellte fest: „Wenn eine Person oder eine Fraktion eine Diktatur anstrebt, braucht sie eine unkontrollierte, uneingeschränkte Macht. Sie muss über die Streitkräfte, die Justiz, den Geheimdienst und sämtliche Informationssorgane, über Rundfunk und Fernsehen verfügen und soviel Macht haben, um sogar das Parlament auflösen zu können.“

Tadjzadehs Aufzählung ist im Wesentlichen die Beschreibung der Position des Revolutionsführers. Er fügte hinzu: „Ich begrüße, dass Herr Badamchian vor der Diktatur der Mehrheit warnt, bedauerlich ist nur, dass er nicht die Diktatur der Minderheit verurteilt.“

Aus Sicht moderater Kräfte auf beiden Seiten birgt die zunehmende Verhärtung der Fronten die Gefahr, dass das ganze System zusammenbricht. Denn nach Einschätzung politischer Beobachter wird Präsident Chatami im Falle einer Ablehnung der Gesetzesvorlagen keine andere Wahl haben, als zurückzutreten. Ihm würden die Mitglieder der Reformfraktion als Parlamentsmehrheit folgen. Wie sich die iranische Bevölkerung in diesem Fall verhält, kann niemand einschätzen. Die Situation ist inzwischen so verfahren, dass keine Seite nachgeben könnte, ohne das Gesicht zu verlieren. Der einzige Ausweg, zu dem der Wächterrat bereits Zustimmung signalisierte, besteht darin, dass dieser die Gesetze nicht ablehnt, aber dem Parlament Änderungen vorschlägt. Damit würden die Entwürfe mehrmals zwischen beiden Gremien hin- und hergeschoben und schließlich im „Konsensrat“ verhandelt. Dieses Verfahren würde sich vermutlich bis zum Ende der Amtszeit Chatamis in zweieinhalb Jahren, zumindest jedoch bis zu den nächsten Parlamentswahlen in anderthalb Jahren hinziehen.

Reformer Hadjarian: bei Scheitern der Gesetzesvorlagen Rücktritt Chatamis

Said Hadjarian, Mitglied des Zentralrats der „Mosharekat Front“, der größten Organisation der Reformbewegung, äußerte in einem Artikel die Vermutung, dass Chatami im Falle einer Ablehnung der beiden Gesetzentwürfe zurücktreten werde. Mit der Ablehnung würden die Konservativen die „rote Linie überschreiten“, die Chatami sich selbst gesetzt habe.

Hadjarian, der als einer der profilierten Köpfe der Reformbewegung Opfer eines Attentats wurde und dadurch teilweise gelähmt ist, gehört zu den engsten Beratern des Staatspräsidenten. Er schreibt: „Chatami ist kein Politiker, sondern ein Denker, ein Philosoph, der die Politiker häufig kritisiert. Ihn plagten oft Zweifel, er setzt aber nicht die notwendigen Mittel ein, um seine Zweifel auszuräumen. Er hat es versäumt, die Führung der Reformbewegung in die Hand zu nehmen. Er hätte eine Partei gründen und selbst die Führung der Partei übernehmen müssen. Jetzt ist es zu spät.“

Auch der bekannte Journalist Shams al-Vaezin äußerte die Meinung, dass im Falle einer Ablehnung der beiden Gesetzesvorlagen Präsident Chatami sein Amt niederlegen müsste. Andernfalls werde die Reformbewegung vollends diskreditiert und ad absurdum geführt.

Streit um Meinungsumfragen - Konservative reagieren mit Gefängnisstrafen für Meinungsforscher

Nach einer Meinungsumfrage zu den iranisch-us-amerikanischen Beziehungen vom August stimmten 74% der Befragten für die Aufnahme der Verhandlungen, 17% dagegen. 64% sprachen sich für und 24% gegen die Normalisierung der Beziehungen zu den USA aus. (s. ir 8)

Die Veröffentlichung der Umfrageergebnisse durch die staatliche Nachrichtenagentur IRNA führte zu heftigen Reaktionen der Konservativen. Rechte Zeitungen und die von Konservativen geleiteten staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten heizten in einer scharfen Kampagne die Atmosphäre auf. Übereinstimmend schrieben die drei größten Tageszeitungen Keyhan, Djomhuri-e eslami und Resalat, bei den Um-

fragen handele es sich nicht um Meinungsforschung, sondern um Meinungsmache. Die Aktion sei in Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten und Botschaften erfolgt. Nach der Presse reagierte auch die Justiz: die Teheraner Justizbehörde ließ die beteiligten drei Forschungsinstitute schließen und Behruz Geranpajeh, Leiter des auftraggebenden „Nationalen Instituts zur Erforschung der öffentlichen Meinung“ in Haft nehmen. Dieses Institut ist halbstaatlich und dem Kultusministerium untergeordnet, die Meinungsumfrage über die Beziehungen zu den USA erfolgte im Auftrag des Kultusministeriums und des Parlaments.

Noch absurder erscheint der Vorgang durch die Tatsache, dass nach der Verhaftung von Geranpajeh drei Minister ebenso wie das Präsidium des Parlaments gegen die ihrer Meinung nach rechtswidrige Reaktion der Justiz protestieren. Der Kultusminister erklärte, das Institut sei vor sechs Jahren auf Initiative des damaligen Ministers gegründet worden. Die Fragen seien von den -staatlichen- Auftraggebern formuliert worden. Die drei Institute, die die Umfragen unabhängig voneinander in verschiedenen Stadtteilen durchgeführt hätten, seien zu beinahe deckungsgleichen Ergebnissen gekommen. Auch der Informationsminister und der Außenminister erklärten, dass sie seit Jahren mit den Instituten zusammen arbeiteten und die Meinungsumfrage als absolut glaubwürdig einschätzten. Ähnlich äußerte sich das Präsidium des Parlaments.

Davon unbeeindruckt, veröffentlichten die Justizbehörden am 19. Oktober eine Erklärung, in der dem „Nationalen Institut zur Erforschung der öffentlichen Meinung“ eine unrechtmässige Registrierung und damit Meinungsforschung ohne Lizenz vorgeworfen wird. Der Institutsleiter stehe seit Jahren mit ausländischen Geheimdiensten und Botschaften in Verbindung und tausche mit ihnen Informationen aus, führe für sie Meinungsumfragen durch und erhalte dafür hohe Summen Geld. Ferner pflege das Institut Kontakt zu der terroristischen Organisation der im Irak ansässigen „Volksmodjahedin“ und habe auch von ihr finanzielle Unterstützung erhalten.

Für alle diese Beschuldigungen, Landesverrat, Spionagetätigkeit, Zusam-

menarbeit mit bewaffneten Untergrundorganisationen sind hohe Strafen bis hin zur Todesstrafe vorgesehen.

Frau Geranpajeh erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur ISNA, sie habe bisher keine Erlaubnis erhalten, ihren Mann im Gefängnis zu besuchen.

Zwei Parlamentsabgeordnete von der Justiz zum Verhör bestellt

Die Parlamentsabgeordneten Fatemeh Haghghatdju und Ahmad Borghani, beide Mitglieder der Reformfraktion, wurden von der Teheraner Justizbehörde zum Verhör bestellt. Haghghatdju wird vorgeworfen, in ihren Redebeiträgen im Parlament Unwahrheiten verbreitet und Verantwortliche des Staates beleidigt zu haben. Um welche Äußerungen es sich dabei handelt, ist noch unklar. Es ist bereits das zweite Mal, dass Frau Haghghatdju von der Justizbehörde verhört wird.

Ahmad Borghani wurde, so die Vermutung in Teheran, in Zusammenhang mit der Meinungsumfrage über die iranisch-us-amerikanischen Beziehungen verhört. Ein Sprecher der Justiz warf dem Abgeordneten vor, das „Nationale Institut für die Erforschung der öffentlichen Meinung“ finanziell unterstützt zu haben.

Studenten protestieren gegen Todesurteil

Auf der ersten großen Demonstration seit Sommer 1999 protestierten am 9. November rund tausend Studenten in Teheran gegen die als Speerspitze konservativer Islamisten berüchtigten Justizbehörden. Anlass zu dieser spontanen Demonstration lieferte ein auch für iranische Verhältnisse ungewöhnlich hartes und ebenso absurdes Urteil gegen Hashem Aghadjari, Professor an der Hochschule für Lehrerausbildung. Aghadjari, u.a. führendes Mitglied der an der Regierung beteiligten "Organisation Islamische Revolution", wurde am vergangenen Mittwoch von einem islamischen Gericht zum Tode, zu 8 Jahren Gefängnis, 10 Jahren Lehrverbot und 74 Peitschenschlägen verurteilt. Der Richter teilte allerdings nicht mit, wie das Urteil praktisch zu vollziehen sei.

"Die Hinrichtung Aghdjaris ist die

Hinrichtung des Denkens in Iran", skandierten die vor dem Campus der Teheraner Universität versammelten Studenten. Sie forderten die Freilassung der politischen Häftlinge, Freiheit der Presse und der Meinungsäußerung. Die Polizei sperrte die umliegenden Straßen, feuerte mehrere Tränengasgranaten ab. Die Demonstration dauerte etwa fünf Stunden, danach kehrten die Studenten auf den Campus zurück. Die Proteste, denen sich viele Professoren anschlossen, werden seit Montag an den meisten Universitäten Irans fortgesetzt.

Auch das Parlament meldete sich zu Wort. Fast zwei Drittel der Abgeordneten sprachen sich für die Aufhebung des Todesurteils aus. Parlamentspräsident Mehdi Karrubi sprach von einem empörenden Urteil, das nicht ausgeführt werden dürfe. Für andere Abgeordnete zeigt sich Iran mit dem Urteil als "diktatorisches, inhumanes und unfreiheitliches Land".

Anfang August hatte der 45-jährige Professor in der westiranischen Stadt Hamadan einen Vortrag über den "islamischen Protestantismus gehalten" und war dabei mit der herrschenden Geistlichkeit hart ins Gericht gegangen. "Der Unterschied zwischen der Zeit vor der islamischen Revolution und unserer Gegenwart besteht darin", sagte er, "dass wir nicht in erster Linie mit einem traditionell orientierten Islam konfrontiert sind, sondern mit einem Islam, der im Besitz der politischen Macht ist. Heute ist der Klerus mit der politischen Führung des Staates identisch." Diese Macht sei mehr als der konservative Islam bereit, die Rechte der Individuen zu missachten. Die Geistlichkeit habe nicht nur Gott und den Glauben, sondern auch die weltliche Macht für sich monopolisiert. Damit erlaube sie sich jede Willkür. Sie lasse ihre Kritiker und Gegner foltern, zu falschen Geständnissen zwingen, hinrichten oder durch Terroranschläge ermorden. All dies sei mit der Substanz des Islam nicht vereinbar. Daher sollte der "islamische Protestantismus" unter den heutigen Umständen sich nicht allein gegen die längst überkommene Tradition richten, sondern weit mehr für die Durchsetzung der Menschenrechte und humaner Grundsätze einsetzen.

Der Redner erhielt überschwänglichen

Beifall, wurde aber zugleich von einer kleinen Minderheit im Saal so heftig beleidigt und beschimpft, dass er seine Rede schließlich abbrechen und flüchten musste. Schon am nächsten Tag organisierte die Rechte eine Kampagne gegen ihn. Die konservative Presse wütete, in zahlreichen Städten wurden Protestdemonstrationen organisiert, bei denen auch Aghadjaris Hinrichtung verlangt wurde. Diesem Verlangen folgte die Justiz. Das Urteil gegen einen profilierten Kopf der Reformbewegung ist eine weitere Machtdemonstration der konservativen Islamisten. Sie scheinen entschlossen, der Reformbewegung mit aller Gewalt den Garaus zu machen. Manche Beobachter vertreten die Ansicht, dass das Urteil von der Diskussion über Chatamis Gesetzwürfe ablenken soll. Wie auch immer, das Urteil wird sicherlich nicht ohne Folgen bleiben.

134 Persönlichkeiten aus Kultur und Politik protestieren gegen Eshkevari-Urteil

134 Persönlichkeiten aus Kultur und Politik haben in einem offenen Brief an die drei Staatsgewalten gegen das erneute Urteil gegen den Geistlichen Jussefi Eshkevari protestiert.

Eshkevari wurde nach seiner Teilnahme an der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 in Berlin veranstalteten Iran-Konferenz verhaftet. Er wurde zunächst von einem Sondergericht für Geistliche wegen seiner Teilnahme an der Konferenz, seinen Äußerungen über islamische Kleidungs Vorschriften und wegen angeblicher „Gotteslästerung“ in einem Geheimprozess zum Tode verurteilt. Später wurde das Urteil von einem Revisionsgericht aufgehoben. Nun wurde er nach zweijährigem Gefängnis-aufenthalt zu weiteren fünf Jahren Gefängnis verurteilt. In dem offenen Brief wird Artikel 23 der Verfassung der Islamischen Republik zitiert, in dem es heißt: „Jede Art von Meinungszensur ist verboten. Niemand darf wegen seiner Meinung verfolgt oder bestraft werden.“ Das Urteil gegen Eshkevari richte sich nicht nur gegen die Verfassung der Islamischen Republik, sondern ebenso gegen die Internationale Konvention der Menschenrechte.

Auch die Heinrich-Böll-Stiftung protestierte in einer Presseerklärung gegen

das Urteil und verlangte die sofortige Freilassung Eshkevaris sowie zwei weiterer Teilnehmer und zweier Übersetzer, die sich im Zusammenhang mit der Berliner Konferenz immer noch in Haft befinden (s. Anhang).

Parlamentsvorlage zur Reform des Gesetzes über „Renegatentum“

Wie Radio Freies Europa berichtet, beabsichtigt die Reformfraktion eine Überarbeitung des Gesetzes über das „Renegatentum“. Nach der bisherigen, auf islamischem Recht beruhenden Regelung, wird jeder Muslim, der sich vom Islam abwendet oder die Grundsätze des Glaubens negiert, mit dem Tode bestraft. Dazu reicht es aus, wenn ein Geistlicher einen Muslim in einer so genannten Fatwa als Renegat bezeichnet. Damit ist es jedem Gläubigen erlaubt, ohne Gerichtsurteil den betreffenden zu töten. Der Freibrief, den indisch-britischen Autor Salman Rushdi zu töten sowie zahlreiche politische Morde der letzten Jahre basieren auf solchen Fatwas. Schon seit Jahren beschäftigen sich Intellektuelle und Islamwissenschaftler mit diesem Gesetz und fragen, wie es sich mit dem in der Verfassung der Islamischen Republik verankerten Recht der Meinungs- und Gedankenfreiheit vereinbaren lasse.

Beratungen über Gesetz gegen Folter um einen Monat verschoben

Die Beratungen über das Gesetz gegen Folter wurden um einen Monat erneut verschoben. Der vor einigen Monaten vom islamischen Parlament verabschiedete Entwurf wurde vom Wächterrat mit Änderungsvorschlägen versehen und ans Parlament zurückverwiesen. Mohsen Armin, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für nationale Sicherheit und Außenpolitik lehnte die Änderungsvorschläge des Justizausschusses ab und beantragte die Vertagung der Debatte. § 1 der veränderten Fassung lautet: „Folgende Handlungen werden als Folter betrachtet und entsprechend bestraft: Sämtliche Handlungen, die als psychischer Druck auf Gefangene zu betrachten sind, Beschimpfungen und Beleidigungen, Anwendung von Medikamenten, die bei Gefangenen bestimmte psychische Wirkungen erzeugen, Unterbindung notwendiger, medizinischer Versorgung, Quälen der Gefangenen

durch Hunger, Durst und Lärm, Verbot der Lektüre erlaubter Zeitungen, Zeitschriften und Bücher, Druck auf Familienangehörige und Behinderung der Gefangenen bei der Erfüllung ihrer religiösen Verpflichtungen.“ § 2 wurde wie folgt verändert: „Folgende Handlungen werden, wenn sie zur Erlangung von Geständnissen eingesetzt werden, als Folter betrachtet: jede Art körperlicher Qual, Einzelhaft, Schlafentzug, Schließung der Augen mit Augenbinden, Durchführung von Verhören während der Nacht, Ausgangs- und Besuchsverbot.“

Mohsen Armin erklärte, der 2. Paragraph sei ein Freibrief für Misshandlungen, denn es könne immer behauptet werden, dass sie nicht zur Erlangung von Geständnissen erfolgt seien. Er sagte: „Es ist besser, auf ein Gesetz gegen Folter zu verzichten als Misshandlungen, selbst wenn sie eingeschränkt werden, zu legitimieren.“

Kampagne für Nasser Zarafshan

Der prominente iranische Rechtsanwalt Nasser Zarafshan, der in den berüchtigten Prozessen um die Kettenmorde an Schriftstellern die Opferangehörigen verteidigte, wurde am 19. März dieses Jahres in einem Geheimprozess vor einem Militärgericht zu insgesamt fünf Jahren Haft und 70 Peitschenschlägen verurteilt. Zarafshan wurde beschuldigt, vertrauliche Informationen verbreitet zu haben. Außerdem seien, so der Staatsanwalt, bei der Durchsuchung im Büro Zarafshans Waffen und alkoholische Getränke gefunden worden. Zum Zeitpunkt der Hausdurchsuchung befand sich Zarafshan allerdings in Untersuchungshaft.

Zarafshan wurde für die Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen zu zwei Jahren Haft, für Waffenbesitz zu drei Jahren Haft und wegen des Besitzes von alkoholischen Getränken zu siebenzig Peitschenschlägen verurteilt.

Wie sein Verteidiger Djedari Forughi erklärte, legte Zarafshan inzwischen gegen das Urteil Berufung ein. Die Vorwürfe gegen Zarafshan seien völlig absurd, so Forughi. Die Behauptung, er habe Staatsgeheimnisse veröffentlicht sei unbegründet. Zarafshan selbst sagte: „Waffen und Alkohol sind nach meiner Festnahme in meinem Büro versteckt worden, um mich zu belasten.“ In den

letzten Wochen protestierten zahlreiche Persönlichkeiten und Organisationen im In- und Ausland gegen das Urteil.

27 unabhängige Frauenorganisationen Italiens fordern den EU-Ministerrat zu Maßnahmen gegen Menschenrechtsverletzungen in Iran auf

27 unabhängige Frauenorganisationen Italiens haben in einem Schreiben an den EU-Ministerrat Maßnahmen gegen die Verletzung von Menschenrechten in Iran gefordert. Die internationale Gemeinschaft dürfe zu den Steinigungen von Frauen und Hinrichtungen in Iran nicht schweigen, schreiben die Organisationen. In den vergangenen fünf Jahren seien in Iran 1700 Menschen hingerichtet und 16 Frauen gesteinigt worden. Professor Donatella Telini, Mitunterzeichnerin des Schreibens erklärte in einem Interview mit Radio Freies Europa: „Wir dachten, die Lage würde sich nach der Amtsübernahme Chatamis ändern.“ Die EU mache sich durch ihr Schweigen an dem Verbrechen mitschuldig. Der einzige Grund für dieses Schweigen sei das Erdöl. Die Organisationen forderten den Ministerrat auf, Sanktionen gegen Iran einzuleiten.

Rechtsanwältin Mehrangiz Kar erhielt französischen Ludovic-Trarieux-Preis

Die iranische Rechtsanwältin und Menschenrechtlerin Mehrangiz Kar erhielt Anfang November in Paris mit dem Ludovic-Trarieux-Preis die höchste Auszeichnung, die in Frankreich für den Einsatz zur Verteidigung der Menschenrechte vergeben wird. 1985 wurde der Preis erstmalig an Nelson Mandela vergeben. Frau Kar war nach ihrer Teilnahme an der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Iran-Konferenz in Teheran verhaftet und nach einigen Monaten zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden. Sie legte gegen das Urteil Widerspruch ein und durfte danach wegen einer Krebserkrankung ins Ausland reisen. Zurzeit hält sie sich in den USA auf.

In ihrer Dankesrede wies Mehrangiz Kar darauf hin, dass seit der Gründung der Islamischen Republik mehr als hundert Anwälte mit Berufsverbot belegt worden seien. Der Verband iranischer Anwälte

sei fast zwei Jahrzehnte lang zum Schweigen verurteilt gewesen. Erst mit dem Beginn der Reformbewegung habe der Verband vorsichtig seine Aktivitäten aufgenommen. „Dennoch werden Anwälte, insbesondere jene, die sich für die Menschenrechte einsetzen und politische Häftlinge verteidigen, selbst verfolgt.“ Zahlreiche Anwälte seien deshalb zu Gefängnisstrafen und Peitschenschläge verurteilt worden. Die iranische Justiz sei inzwischen eine mächtige Kraft gegen die Menschenrechte, Frauenrechte, Demokratie und Jungendrechte in Iran.

Ausweitung der Drogenproblematik befürchtet

Reza Sarami, Leiter des Instituts gegen Drogensucht erklärte bei der Eröffnung des ersten Psychologiekongresses in Iran, zurzeit gäbe es rund zwei Millionen Drogenabhängige, von denen 130.000 Drogen intravenös zuführten und rund 25.000 mit HIV infiziert seien. Seiner Einschätzung nach werde unter gleichbleibenden Bedingungen die Zahl Drogenabhängiger in etwa 15 Jahren auf 9 Millionen ansteigen. Nach Saramis Angaben leiden 12 Millionen Menschen in Iran unter psychischen Krankheiten. Ferner gäbe es 12 Millionen Raucher.

II. Wirtschaft

Kongress über Entwicklung des iranischen non-petrol Exports

Am 13. Oktober fand in der im iranischen Nordwesten gelegenen Stadt Täbriz der 8. Jahreskongress zur Entwicklung des iranischen non-petrol Exports (Güter ausser Erdöl) statt. Ziel des Kongresses war insbesondere eine Evaluierung des laufenden Fünfjahresplan (2000-2005) in Bezug auf die Entwicklung der iranischen non-petrol Exportindustrie. Zum Erstaunen der Teilnehmer verzichtete Handelsminister Shariatmadari auf Lobeshymnen und setzte sich kritisch mit der Lage des iranischen Exports auseinander. Von 161 in einer komparativen Analyse untersuchten Staaten, so der Minister, befände sich Iran in Bezug auf Maßnahmen zur wirtschaftlichen Öffnung nach außen an 154. Stelle - es gäbe somit nur sieben Staaten, die sich noch stärker als Iran vom Weltmarkt abschotteten. Shariati erläuterte, dass zwei konträre Positionen über die Strategie zur Außenwirtschaft die iranische Diskussion prägten. Die erste betrachte den Handel als Motor für Entwicklung und fordere eine stärkere Verzahnung der iranischen Wirtschaft mit dem Weltmarkt. Die zweite sähe industrielle Entwicklung nur mit Blick auf den Binnenmarkt bzw. als Importsubstitution und lege daher keinen Wert auf einen verstärkten Außenhandel. Der Minister räumte ein, dass sich keine der beiden Meinungen durchgesetzt habe, betonte aber, dass der laufende Fünfjahresplan auf eine stärkere Einbindung der iranische Wirtschaft in den Weltmarkt ausgerichtet sei.

Provinzgouverneur Abollahi meinte, trotz aller Anstrengungen sei der Stellenwert Irans auf dem internationalen Markt nach wie vor äußerst gering. Der Anteil Irans mit über 60 Millionen Einwohnern am Weltmarkt betrage -ohne das Erdöl- seit Jahren rund 8 Milliarden Dollar. Das sei sieben Mal weniger als der Anteil der Türkei.

Iran gewährt Türkei Preisnachlass für Gasexport

Die Türkei hatte sich vertraglich ver-

pflichtet, für das Jahr 2002 4 Milliarden Kubikliter Gas aus Iran zu beziehen. Diese Menge sollte bis zum Jahr 2010 auf 10 Milliarden Kubikliter steigen. Die Lieferung hatte nach langen Verhandlungen, großen Investitionen und zweijähriger Verspätung erst vor kaum einem Jahr begonnen. Die Pipeline mit einer Länge von 2577 Km verläuft von Täbriz nach Ankara. Doch im August dieses Jahres gab der türkische Energieminister bekannt, dass die Türkei ab 1. September den Gasimport aus Iran einstellen werde. Die Kündigung begründete er mit der schlechten Qualität des Gases. Doch nach Meinung von Experten war diese Begründung nur ein Vorwand - die Qualität des iranischen Gases wird als gut eingeschätzt. Der eigentliche Grund wird in einem rezessionsbedingten Rückgang des Gasverbrauchs in der Türkei um 14% vermutet. Andererseits erklärte sich Russland unter amerikanischem Druck bereit, den Verkaufspreis seines in die Türkei exportierten Gases um 9% zu reduzieren. Dadurch reduziert sich Gasrechnung der Türkei in den nächsten drei Jahre um rund 280 Millionen Dollar. Es wird vermutet, dass die USA damit Iran weiter in die Isolation treiben wollen.

Iran wäre zwar aufgrund des Vertragsbruchs durch die Türkei zu Schadensersatz berechtigt, langfristig wäre ein solcher Konflikt mit dem türkischen Nachbarn für Iran jedoch sowohl wirtschaftlich als auch politisch äusserst nachteilig. Die Beziehungen zwischen Iran und der Türkei sind ohnehin nicht konfliktfrei. Das Kurdenproblem, die Rivalitäten der Staaten in Mittelasien nach dem Zerfall der Sowjetunion und schließlich das unterschiedliche Verhältnis der beiden Staaten zu den USA führen immer wieder zu Reibereien. Der Besuch des türkischen Staatspräsidenten im Juli dieses Jahres in Teheran schloss zwar mit Absichtserklärungen zur Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten, doch politische Beobachter betrachteten die Freundschaftsbeteuerungen mit einer gewissen Skepsis.

Am 7. Oktober reiste der türkische Energieminister zu Gesprächen nach Teheran. Am Vortag beklagte er sich in einem Interview erneut über das iranische Gas und kündigte an, er werde seinem Amtskollegen in Teheran berichten, dass er Gas weit günstiger aus Russland importieren könne. Tatsäch-

lich scheint das Pokerspiel zugunsten der Türkei ausgegangen zu sein. Iran und die Türkei gaben nach der Reise des türkischen Energieministers die Wiederaufnahme der Öllieferungen bekannt. Der iranische Ölminister Bijan Namdar Zangeneh erklärte lediglich, im neuen Abkommen seien die Interessen beider Staaten berücksichtigt worden. Einzelheiten des Vertrages gab er nicht bekannt. Aber das türkische Fernsehen NTV lüftete das Geheimnis: der Gas-Preis sei um 9% reduziert worden.

Abwanderung qualifizierter Kräfte ins Ausland

Die aktuellsten iranischen Statistiken zeigen, dass im Durchschnitt täglich 150 qualifizierte Kräfte das Land verlassen. Die meisten von ihnen kehren nicht mehr in ihre Heimat zurück. Auch die Zahl junger Menschen, die trotz Ausbildung keine Arbeit finden und ihr Glück im Ausland versuchen, nimmt ständig zu. Sowohl im Parlament als auch in Regierungskreisen wurde dieses Phänomen als höchst besorgniserregend bezeichnet. Madjid Mohammadi, Universitätsprofessor und Leiter eines technischen Forschungsinstituts in Teheran führt diese Erscheinung auf die allgemeine Unzufriedenheit unter den Akademikern und Jugendlichen zurück.

Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit gehört zu den größten Problemen, mit denen der iranische Staat konfrontiert ist. Der Wirtschaftsjournalist Said Ahmad Nakhdjavani analysiert in einem Beitrag für die Internetseite „Iran-Emrooz“ die Arbeitspolitik der Regierung und legt dabei folgende Daten vor:

Die jüngst veröffentlichten Arbeitslosenzahlen zeigen für das Jahr 1379 (1999/2000) einen Rückgang der Arbeitslosenquote von 16,1% auf 15,7%. Der Grund dieses Rückgangs besteht darin, dass in dem genannten Zeitrahmen die Zahl der Arbeitsfähigen um 500.000 gestiegen ist und 500.000 neue Arbeitsplätze geschaffen waren. Damit blieb die Zahl der Arbeitslosen konstant, reduzierte sich jedoch prozentual durch den Anstieg der Zahl der arbeitsfähigen Bevölkerung.

Nach den vorliegenden Statistiken

wuchs die Zahl der arbeitsfähigen Bevölkerung Irans in den Jahren 1990 bis 1994 im Jahr um durchschnittlich 258.000. Von 1995 bis 1999 stieg der Wert sprunghaft auf 650.000 im Jahresdurchschnitt an.

In dem Jahrzehnt vor der Revolution (1968-1978) wuchs die Zahl der Gesamtbevölkerung im Jahresdurchschnitt um 790.000, in dem Jahrzehnt nach der Revolution um 1.600.000. In den letzten Jahren ist die Zahl auf rund 900.000 zurückgegangen. Somit ist in den nächsten Jahren ein erheblicher Anstieg der arbeitsfähigen Bevölkerung zu erwarten. Ausserdem suchen immer mehr Frauen eine Beschäftigung.

Der dritte Fünfjahresplan sieht die Schaffung von jährlich 700.000 Arbeitsplätzen vor. Doch in den nun verstrichenen 3 Jahren konnte es der Regierung nicht gelingen, jährlich mehr als 300.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Unter optimistischen Voraussetzungen wird jedes Jahr etwa die Hälfte der Neuzugänge auf dem Arbeitsmarkt eine Beschäftigung finden und die andere Hälfte das Arbeitslosenheer vergrößern. Damit würde innerhalb der nächsten zehn Jahren die Arbeitslosenquote in Iran auf 25% steigen.

Soziale Lage

Von dem in der Präambel der Iranischen Verfassung definierten Ziel „Gleiche Chancen und Arbeit für alle“ ist die Islamische Republik noch weit entfernt. Iran gehört zu den Ländern mit den grössten Einkommensunterschieden. Mehdi Sahraian, Professor an der Universität Teheran und Mitglied des Verbands der Wirtschaftswissenschaftler, stellte in einem Interview mit der studentischen Nachrichtenagentur ISNA fest, dass zehn Prozent der wohlhabenden Bevölkerung 70% des gesamten Nationaleinkommens erhielten, während sich 70% der Bevölkerung gerade 10% des Nationaleinkommens teilten.

Madjid Jarmand, Geschäftsführer der Abteilung „Soziale Fürsorge“ der Organisation „Führung und Planung“ erklärte gegenüber der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA, 15% der iranischen Bevölkerung lebten unter dem Existenzminimum. Er sprach von „absoluter Armut“, deren oberste Grenze er bei

71.000 Tuman pro Jahr für eine Familie in der Stadt und 48.000 Tuman für eine Familie auf dem Land festlegte. Zu einer Familie werden in Iran im Durchschnitt 4,8 Personen gezählt. In US-Dollar bedeutet dies, dass 10 Millionen Menschen in den Städten pro Kopf ein durchschnittliches Tageseinkommen von weniger als 62 US-Cent und auf dem Land von 32 US-Cent zur Verfügung steht.

Neben der „absoluten Armutsgrenze“ wird die „Armutsgrenze“ angesetzt. Diese Grenze ist auf monatlich 123.000 Tuman pro Familie mit 4,8 Personen festgelegt. Das sind umgerechnet 165 US-Dollar im Monat bzw. 6,6 Dollar pro Tag, bzw. 1,14 Dollar pro Familienmitglied und Tag. Nach letzten Statistiken verdienen 40% der iranischen Bevölkerung weniger als 1,14 Dollar pro Tag, das heißt sie befinden sich unterhalb der Armutsgrenze. Bei einer Bevölkerungszahl von insgesamt 67 Millionen leben somit 29 Millionen Menschen unterhalb der absoluten oder relativen Armutsgrenze.

Benzinverbrauch

Wie Mohammad Aghai, Staatssekretär im Ölministerium bei einer Pressekonferenz bekanntgab, stieg der Benzinverbrauch im vergangenen Halbjahr um 10%. In diesem Zeitraum verbrauchten die Bewohner des Landes im Durchschnitt insgesamt 50 Millionen Liter Benzin pro Tag. Damit musste Iran aufgrund fehlender Raffineriekapazitäten durchschnittlich täglich 9,5 Millionen Liter Benzin importieren, 35% mehr als in dem Halbjahr zuvor. Damit summiert sich im laufenden Jahr (ab 21. März) die in Devisen ausgestellte Benzinrechnung für einen der weltgrößten Ölproduzenten auf bereits rund eine Milliarde Dollar.

Mohammad Aghai sagte: „Überall in der Welt sind Fahrzeuge billig und der Verbrauch teuer, bei uns ist das umgekehrt.“ Er verwies auf die im Inland produzierten, überteuerten Fahrzeuge, die im Vergleich zu ausländischen Produkten einen um 300% höheren Benzinverbrauch hätten. Es sei unvernünftig, den Benzinpreis künstlich niedrig zu halten und auf der anderen Seite teure Autos im Inland zu produzieren und den Markt für inländische Fahrzeuge zu monopolisieren.

Der Literpreis für Benzin liegt mit zurzeit 50 Tuman (28 Cent) deutlich unter westeuropäischen Vergleichswerten. Der niedrige Preis stellt für Iran volkswirtschaftlich eine hohe Belastung dar. Bisher schreckte die Regierung aus Furcht vor einflussreichen Monopolisten davor zurück, eine Erhöhung des Benzinpreises vorzunehmen. Aber nun kursieren Gerüchte, dass sie den Sprung doch wagen und den Benzinpreis um 70% bis 100% erhöhen will.

III. Außenpolitik

Chatamis Staatsbesuch in Spanien

Am 28. Oktober reiste Präsident Chatami an der Spitze einer 70-köpfigen Delegation nach Spanien. Dem Besuch waren wochenlange Auseinandersetzungen über protokollarische Fragen vorausgegangen. Die iranische Seite verlangte, dass bei den Empfängern kein Alkohol ausgeschenkt und nur Frauen eingeladen werden, die bereit sind, eine Kopfbedeckung zu tragen. Das Thema wurde in Spanien heiß diskutiert. Viele Kommentatoren vertraten die Ansicht, dass man die spanische Kultur und die Bräuche, wozu auch Kleidungsfreiheit und Weintrinken gehören, nicht aufgeben dürfe. Die Proteste waren so heftig, dass sie beinahe zur Absage des Besuchs führten. Doch schließlich fand man einen Kompromiss. Spanien willigte ein, alkoholfreie Getränke anzubieten und Iran nahm es hin, dass Frauen sich nach eigenem Wunsch kleiden durften.

Der Kompromiss zeigt, dass der Besuch für beide Seiten von Bedeutung war. Zurzeit gilt Spanien unter den EU-Staaten nach Italien, Deutschland und Frankreich als größter Handelspartner Irans. Auch Iran bildet unter den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens nach Israel und Saudi Arabien den größten Handelspartner Spaniens. Iran lieferte im Jahre 2001 Waren, hauptsächlich Erdöl und petrochemische Produkte im Werte von 838 Millionen US-Dollar nach Spanien und importierte Medikamente, Maschinen und Turbinen im Werte von 278 Millionen US-Dollar aus Spanien. In den letzten Jahren investierten zahlreiche spanische Unternehmen in Iran. Während des Chatami-Besuchs in Madrid wurden Verträge in Höhe von insgesamt 5 Milliarden Euro abgeschlossen.

Während seines Aufenthalts stellte sich Chatami den Fragen der Journalisten. Reformen bedürften viel Zeit, sagte er, das Tempo hänge von den jeweiligen kulturellen und gesellschaftlichen Voraussetzungen ab. "Unser Ziel ist es, die Demokratie im Einklang mit unseren Glaubensgrundsätzen zu realisieren." Es müsse dem Volk möglich sein, ohne Anwendung der Gewalt einen Regierungswechsel vorzunehmen. Das sei

nur in einem demokratischen Rechtsstaat möglich.

Auf die Frage, ob er die Todesstrafe befürworte, antwortete Chatami: „Über die Todesstrafe kann man lange Diskussionen führen. Sie wird in manchen Ländern angewendet. Auch aus islamischer Sicht ist die Todesstrafe erlaubt. Ich denke, niemand freut sich, wenn ein Mensch getötet wird. Doch noch schlimmer scheint mir, wenn mehrere unschuldige Menschen getötet werden. Mir scheint es legitim, einen Verbrecher zu töten, um das Recht anderer Menschen auf Leben retten zu können.“

Auf die Frage nach politischen Gefangenen in iranischen Gefängnissen erwiderte Chatami: „Die Behauptung, die iranischen Gefängnisse seien voll mit Oppositionellen, ist falsch. Ich persönlich bin dagegen, dass Andersdenkende in Haft genommen werden. Aber nicht alle Häftlinge in Iran sind Andersdenkende.“

US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld: „Die islamische Republik Iran wird bald stürzen“

Der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld äußerte in dem Radioprogramm Mike Gallaghers die Ansicht, das Leben des islamischen Staates in Iran sei nur noch von kurzer Dauer. Das iranische Volk werde sich bald gegen den Staat erheben und ihn zum Sturz bringen. „Wir werden bald sehen, dass Jugendliche, Frauen und alle, die im Iran die Freiheit wollen, sich gegen das Regime der Islamisten erheben werden.“

Rumsfeld, der im Juli dieses Jahres siebzig Jahre alt wurde, sagte, er selbst werde sicherlich den Sturz des islamischen Staates noch erleben. Er bezeichnete Iran als ein interessantes Land, das von einer kleinen Minderheit regiert wird.

Politische Beobachter bezeichneten die Äußerungen Rumsfelds als ein Signal dafür, dass die USA nicht die Absicht hegen, nach einem militärischen Angriff gegen Irak auch Iran anzugreifen. Dennoch bezeugten Rumsfelds Äußerungen eine offene Feindschaft gegen den islamischen Staat, eine Feindschaft, die nicht von allen Regieren-

den in den USA geteilt werde. Fast zeitgleich zu Rumsfeld Statements veröffentlichte die New York Times einen Bericht über die Aktivitäten der US-Marine am Persischen Golf. Darin wird von einer Kooperation zwischen USA und Iran berichtet. Iran, heißt es in der NYT, unterstütze die USA unauffällig, um Irak am unerlaubten Ölverkauf zu hindern. „Als amerikanische und iranische Schiffe auf den Gewässern des Golfs einander begegneten, tauschten die Insassen militärische Grüße aus.“

In Iran reagierte Ex-Staatspräsident Hashemi Rafsandjani während seiner Predigt zum öffentlichen Freitagsgebet scharf auf die Äußerungen Rumsfelds: „Wir haben keinen Zweifel daran, dass die Amerikaner auf den Sturz unseres Staates hoffen. Doch auch dieser Traum wird, wie frühere Träume Amerikas, nicht in Erfüllung gehen. Die Amerikaner haben uns schon einmal einen Krieg aufgezwungen (gemeint ist der Krieg gegen Irak, d. Red.), sie haben unsere Devisen in ihren Banken gesperrt. Doch alles war vergeblich. Offensichtlich haben sie das Verhältnis zwischen unserem Volk und der islamischen Revolution bzw. der islamischen Geistlichkeit immer noch nicht begriffen. Heute sind das Volk und unsere Streitkräfte wachsamer als je zuvor. Sie werden das Land zu verteidigen wissen.“

Iran und die Europäische Union

Nach der Zustimmung des europäischen Ministerrats zur Aufnahme von Verhandlungen mit Iran über den Abschluss eines umfassenden Handelsvertrags führten mehrere EU-Delegationen in Teheran Gespräche, die nicht nur der Klärung wirtschaftlicher Fragen dienten, sondern auch politische Anliegen der EU zur Sprache bringen sollten. Dabei ging es hauptsächlich um Achtung der Menschenrechte, Verzicht auf den Bau von Massenvernichtungswaffen, Kampf gegen den Terrorismus und Frieden im Nahen Osten.

Am 9. Oktober tagten die Vertreter der EU in Brüssel, um über den Bericht der Delegationen zu beraten. Der Bericht bezog sich vorwiegend auf die Lage der Menschenrechte in Iran und konkret auf schwere Verstöße in den letzten Wochen. Hinzu kamen zahlreiche Berichte und Stellungnahmen verschiedener Menschenrechtsorganisationen, die nicht

minder negativ ausfielen. Die belgische Tageszeitung „La Libre Belgique“ schreibt, allein im vergangenen Monat seien in Iran 292 Menschen erhängt worden. Die Willkür der Justiz kenne keine Grenzen.

Berichte von Amnesty International und anderen Organisationen besagen, dass im vergangenen Monat im Nordosten Irans ein Mann und eine Frau und weitere vier Frauen in Teheran gesteinigt worden sind. Zwei Kurden, Goli Nikkhu und Junes Assadi wurden nach 15 Jahren Haft in der Stadt Naghadeh gesteinigt. Vier andere Kurden wurden hingerichtet. Ein junger Mann wurde in Teheran dreimal hintereinander erhängt, weil er dreimal zum Tode verurteilt worden war. Die Reihe der brutalen Menschenrechtsverletzungen lässt sich fortsetzen. Diese Nachrichten zeigten, dass die Bedingungen der EU für die Aufnahmen von Verhandlung über ein umfassendes Handelsabkommen längst nicht erfüllt sind. Im Gegenteil, die Situation verschlechterte sich in den letzten Monaten erheblich. Daraufhin erwog der EU-Ministerrat die Verabschiedung einer Resolution gegen Iran, worüber jedoch keine Einigung erzielt werden konnte. Länder wie Italien und Spanien sprachen sich gegen eine Resolution aus. Die Debatte darüber soll fortgesetzt werden. Gleichzeitig beschloss die zuständige Kommission, den Beginn der offiziellen Verhandlungen am 29. Oktober vorläufig um zwei Monate zu verschieben.

In Anbetracht dieser Situation fasste das europäische Parlament am 24. Oktober folgenden Beschluss:

„Die Abgeordneten vertreten die Auffassung, dass die Menschenrechtslage im Iran nicht länger toleriert werden kann. Dies betrifft besonders die fortgesetzte Anwendung grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Strafen.“

Die Abgeordneten missbilligen mit Nachdruck die Todesstrafe im Allgemeinen und die Hinrichtung durch Steinigung im Besonderen. Sie verlangen die Entfernung des Vollzugs der Todesstrafe durch Steinigung aus dem geltenden Recht und fordern für die Zeit bis zur Gesetzesänderung ein unverzüglich geltendes Moratorium bezüglich aller Steinigungen. Die iranische Regierung wird aufgefordert, alle bereits ver-

hängten Steinigungs-Urteile aufzuheben.

Das Europäische Parlament fordert den Rat und die Mitgliedsstaaten auf, ihren Beschluss, zur nächsten Tagung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen keine Resolution einzureichen, zu revidieren, und verlangt, dass die EU einen nachdrücklich und konkret formulierten Entwurf zu den bevorstehenden Vorbereitungstreffen vorlegt.

Die Abgeordneten fordern die Kommission und den Rat auf, im Rahmen der Beziehungen zum Iran weiterhin den Nachdruck auf die Achtung der Menschenrechte und das Problem der Todesstrafe und der Steinigung zu legen. Ein künftiges Handels- und Kooperationsabkommen mit dem Iran muss eine Menschenrechtsklausel enthalten, die auf dem entsprechenden Artikel des Abkommens von Cotonou beruht. Sie erinnern daran, dass kein Abkommen ohne die Zustimmung des Europäischen Parlaments in Kraft treten kann.“

Anhang
Pressemitteilung 16. Oktober 2002

Iran / Inhaftierte Reformler / Böll-Stiftung

Inhaftierter iranischer Reformgeistlicher Eshkevari zu langjähriger Haftstrafe verurteilt

Am Wochenende wurde der iranische Reformgeistliche Yusefi Eshkevari von einem Sondergericht für Geistliche zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Eshkevari war als Teilnehmer der Berliner Iran-Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 nach seiner Rückkehr in Teheran verhaftet worden. Der schwer an Diabetes erkrankte Geistliche wurde in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren mehrfach angeklagt und vor Gericht gebracht. Alle Verhandlungen fanden vor Sondergerichten unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Im Jahr 2000 wurde Eshkevari Gerüchten zufolge in einem Geheimverfahren sogar zum Tode verurteilt, das Urteil später aber wieder aufgehoben.

Das Entscheidung vom vergangenen Samstag wird mit Eshkevaris Teilnahme an der Berliner Konferenz und mit seinen Äußerungen dort gegen die islamischen Kleidungsvorschriften für Frauen begründet. Weiter habe Eshkevari in Bezug auf die Kettenmorde an Schriftstellern „Unwahrheiten verbreitet“ und Verantwortliche des Staates der Mittäterschaft verdächtigt. Der Geheimdienst gab seinerzeit unter öffentlichem Druck zu, dass einige seiner Mitarbeiter an den Kettenmorden beteiligt waren.

Sollte das aktuelle Urteil im Berufungsverfahren bestätigt werden, müßte Eshkevari weitere 5 Jahre im Gefängnis bleiben.

Neben Eshkevari befinden sich noch zwei Konferenzteilnehmer in Haft:

Der Journalist Akbar Gandji wurde im Jahr 2001 zu 10 Jahren Haft plus fünf Jahre Verbannung verurteilt und befindet sich seit seiner Rückkehr von der Berliner Konferenz in Teheran im Gefängnis. Bei den Gerichtsverhandlungen wies er vor anwesender Presse an Verletzungen nach, dass er während seiner Haft gefoltert worden war.

Der Studentenführer Ali Afshari, der in der ersten Instanz zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden war, legte Mitte Mai 2001 in einem vom staatlichen Fernsehen ausgestrahlten „Interview“ in sichtlich schlechter körperlicher und psychischer Verfassung unter demütigender Selbstbezeichnung das Geständnis ab, gemeinsam mit anderen den Sturz des Gottesstaates geplant zu haben. Afshari befindet sich seit Monaten in Isolationshaft, weder sein Anwalt noch seine Angehörigen erhalten Besuchserlaubnis.

Ebenfalls in Haft befinden sich noch Khalid Rostamkhani, der für die Stiftung in Vorbereitung der Konferenz in Teheran Übersetzungsarbeiten leistete und im Zusammenhang mit seinem Fall, Saed Sadr, Angestellter der deutschen Botschaft in Teheran.

Alle diese Verfahren und Urteile sprechen rechtsstaatlichen Maßstäben Hohn und sind offenkundig auf die Einschüchterung der kritischen Öffentlichkeit gerichtet.

In großer Sorge um das Schicksal der Inhaftierten wendet sich die Heinrich-Böll-Stiftung an die iranischen Justizbehörden und Präsident Khatami und fordert nachdrücklich die Einstellung der Verfahren sowie die sofortige Freilassung der Inhaftierten.

Wir bitten auch das deutsche Auswärtige Amt, sich weiterhin bei der iranischen Regierung mit Nachdruck für die verhafteten und bedrohten Reformler einzusetzen. Die wünschenswerte Normalisierung der deutsch-iranischen Beziehungen muss die Respektierung rechtsstaatlicher und demokratischer Mindeststandards durch die iranischen Behörden einschließen.

Kontakt Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin
Michael Alvarez, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
T 030-285 34-202, F 030-285 34-494, M 0175-5221 811, Email alvarez@boell.de, www.boell.de